

INTERVIEW Lüder Gerken, Direktor des Centrums für Europäische Politik, zum Umgang der EU mit Griechenland

Entscheidung zwischen zwei Übeln

FREIBURG/REUTLINGEN. Die europäische Politik hat Aufwind – und sei es nur, weil die internationalen Krisen verstärkt gemeinsames Handeln nötig machen. Der Fall Griechenland, längst nicht ausgestanden, ist dabei nur ein Beispiel. Dabei stehen die Bürger Europas der europäischen Politik zwiespältig gegenüber. Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage sprach Wirtschaftsredakteur Franz Pflüger mit dem Direktor des Centrums für Europäische Politik (Freiburg), Dr. Lüder Gerken.

GEA: *Wie beurteilen Sie denn die Entscheidung der EU, Griechenland beizustehen oder auch nicht – das kann man ja unterschiedlich interpretieren.*

Lüder Gerken: Politisch wird geholfen, finanziell nicht. Also da hat die EU-Kommission doch sehr janusköpfig entschieden. Ich würde es begrüßen, wenn Griechenland finanziell nicht geholfen würde. Schließlich steht das auch in den Verträgen. Vermutlich wird noch eine vehemente Diskussion folgen und am Ende dem Land doch irgendwie geholfen.

Wenn alle Stricke reißen, muss doch die EU etwas tun?

Gerken: Man kann sich offenbar nur noch zwischen zwei Übeln entscheiden. Der Kardinalfehler lag darin, Griechenland überhaupt in die Währungsunion aufzunehmen. Als die ersten Unregelmäßigkeiten publik wurden, hätte man unverzüglich seitens der Kommission der Sache nachgehen und Griechenland zur Rechenschaft ziehen müssen. Aber käme es zu einem Staatsbankrott, drohte erneut eine Banken- und Finanzkrise. Hilft man dem Land, wäre das auf der anderen Seite ein schlechtes Signal an Spanien, Portugal und gegebenenfalls Italien. Das wäre ein Fass ohne Boden. Deutschland und Frankreich wären überfordert.

Ein Austritt Griechenlands aus der EU? Was würden Sie denn davon halten?

Gerken: Theoretisch wäre das möglich, hätte aber erhebliche Folgekosten. Und, die Probleme der Griechen und der europäischen Banken, die mit circa 100 Milliarden Euro engagiert sind, wären nicht gelöst. Aber, der Gedanke ist so abwegig nicht – der Austritt Griechenlands wäre als Strafe zu sehen, dass die politischen



Ein Austritt Griechenlands aus der EU hätte hohe Folgekosten, sagt Lüder Gerken. FOTO: AG

Reformen nicht genug vorangetrieben worden sind.

Finanzmarkt und Wirtschaftsregierung haben doch gezeigt, dass die Probleme national nicht mehr zu lösen sind. Brauchen wir so etwas wie

eine europäische Wirtschaftsregierung, in welcher Form auch sie sich am Ende darstellt?

Gerken: Wie sie sich darstellt – das ist eben die entscheidende Frage. Bestimmt kann das nicht so aussehen, wie sich das die Franzosen vorstellen: Es werden

Konjunkturprogramme aufgelegt, die am Ende mehr oder weniger von den Deutschen gezahlt werden. Was die Nationalstaaten benötigen, ist ein rigider Sparskurs. Die Europäische Kommission sieht sich hier erfreulicherweise auch in der Pflicht.

Im Jahr 2000 hatte sich der Europäische Rat in Lissabon vorgenommen, in zehn Jahren die dynamischste und wettbewerbsfähigste Wirtschaftsregion zu sein. Da sieht man wenig?

Gerken: Dieser Prozess war ja schon in 2005 gescheitert. Europa hat ja bei der Deregulierung nicht nur keine Fortschritte erzielt, die Bürokratie hat sogar zugenommen. Das würgt die Dynamik ab.

Viele europäische Staaten sind in 2004 in die EU gekommen. Im kommenden Jahr dürfen Beschränkungen bezüglich der Arbeitnehmerfreizügigkeit wegfallen. Finden Sie das gut?

Gerken: Das ist überfällig. Spanien, Portugal, Großbritannien, Schweden – alle haben volle Freizügigkeit von Anfang an gegeben. Der viel beschworene Schaden ist nicht eingetreten. Deutschland hat eine Grenze zu Polen, aber auch hier rechne ich nicht mit der Einwanderung vieler Arbeitsuchenden. Man muss auch sehen, dass einige offene Stellen in Deutschland dann besetzt werden können. Das gilt übrigens auch für qualifizierte Arbeitsplätze.

Die Akzeptanz der Europäischen Union durch die Bürger ist immer noch schwach ausgeprägt. Wie kann man die verbessern?

Gerken: Es gibt erfreulicherweise bei den meisten Deutschen immer noch eine grundsätzliche positive Einstellung zum Ideal der europäischen Integration. Viele Bürger sind auf der anderen Seite aber in einem hohen Maße irritiert und verärgert, dass die Europäische Kommission sich oft einmischt in Dinge, die sie nichts angeht – beispielsweise die Verkehrsplanung bis in die Kommunen hinein. Wiederum in anderen Bereichen, wo Europa mehr tun müsste, geschieht nichts. Ich nenne die europäische Außen- und Verteidigungspolitik. Ich unterstreiche in diesem Zusammenhang das Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip. Alles, was keine grenzüberschreitende Dimension hat, gehört nicht auf die europäische Ebene. (GEA)

CENTRUM FÜR EUROPÄISCHE POLITIK

Strategien und Konzepte für die Wirtschaftspolitik der EU

Das Centrum für Europäische Politik mit Sitz in Freiburg hat einen einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum als Ziel. Es schlägt nach eigenem Verständnis die Brücke zwischen der Politik der EU und ihrer Wahrnehmung und Begleitung in Deutschland. Im Dialog mit Wissenschaft, Politik,

Medien und Öffentlichkeit entwickelt es Strategien und Konzepte für die Wirtschaftspolitik der EU, begleitet die aktuellen europäischen Politikvorhaben konstruktiv und unabhängig, schafft Transparenz und Bewusstsein für europäische Politik und deren Auswirkungen in Deutschland. Die ordnungspoliti-

schen Grundsätze einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung bilden das wissenschaftliche Fundament der Institutsarbeit. Träger des CEP ist die Stiftung Ordnungspolitik. Im Kuratorium vertreten sind Roman Herzog, Hans Tietmeyer, Fritz Bolkestein und Laszek Balcerowicz. (GEA)